

Vorbericht zum Nachtragsplan 2007

A. Ausgangslage

Der Gemeinderat hat am 11.12.2006 (DS-Nr. 2006/414) den Haushaltsplan 2007 beschlossen. Das Regierungspräsidium Tübingen hat alle erforderlichen Genehmigungen mit Erlass vom 19.02.2007 erteilt.

Mit dem **Nachtragsplan 2007** passen wir den Haushalt an die Entwicklungen im ersten Halbjahr an. Umgesetzt werden die konkreten Auswirkungen auf die städtischen Finanzen, die sich insbesondere ergeben aus der Entwicklung bei der **Gewerbsteuer**, der Regionalisierung der **Mai-Steuerschätzung 2007**, den Endabrechnungen 2006 von **Einkommensteuer und Gewerbesteuerumlage** sowie der Abrechnung der Jahresergebnisse 2006 des Eigenbetriebs Stadtwerke und der OberschwabenHallen GmbH.

Der **Jahresabschluss 2006** der Stadt brachte im Verwaltungs- und Vermögenshaushalt jeweils Verbesserungen gegenüber der Planung. Im Ergebnis erhöht sich die allgemeine Rücklage um rund 4.200.000 € auf 16.600.000 € zum Jahresende 2006.

Zur Finanzierung des Investitionsprogramms waren im Haushaltsplan Kreditaufnahmen von 1.700.000 € geplant. Bei gleichen Tilgungsausgaben verzichtet die Stadt im Haushaltsplan damit 2007 auf eine Netto-Neuverschuldung.

Die **Eckpunkte des Nachtragsplanes 2007** sind:

- Anpassung der **Gewerbsteuer** brutto um + 10.000.000 €
(entspricht 7.960.000 € netto)
- Erhöhung der **Zuführungsrate** an den Vermögenshaushalt + 10.160.000 €
- **Streichung** der gesamten **Kreditermächtigung** - 1.700.000 €
- **außerordentliche Schuldentilgung** + 5.000.000 €
- **geplante Entschuldung** der Stadt 6.650.000 €
- **Minderentnahme allgemeine Rücklage** - 1.400.000 €

Das Planvolumen im Verwaltungshaushalt steigert sich um 12.410.000 € in Einnahmen und Ausgaben. Im Vermögenshaushalt erhöht sich das Volumen um weitere 9.430.000 €. Das Volumen des städtischen Gesamthaushaltes liegt damit um 21.840.000 € über der ursprünglichen Planung vom Dezember 2006.

B. Nachtragsplan 2007

1. Veränderungen im Verwaltungshaushalt

Die Zuführungsrate an den Vermögenshaushalt verbessert sich deutlich um 10.160.000 €. Die Mehreinnahmen im zentralen Unterabschnitt 1.9000 (Steuern und Finanzausgleich) liegen bei 10.090.000 €. Dies bedeutet, dass die Summe der restlichen Veränderungen in den Budgets des Verwaltungshaushaltes insgesamt einen kleinen Überschuss von 70.000 € erbringen.

Größte Einzelpositionen sind die Steuermehreinnahmen (Gewerbe-, Einkommen- und Grundsteuer B) mit 9.140.000 € sowie die Leistungen aus dem Finanzausgleich mit 950.000 €.

Im Einzelnen zeigen sich folgende **größere Veränderungen** (ab 50.000 €):

Mehreinnahmen und/oder Minderausgaben	
Unterhaltungsarbeiten am Jugendhaus	140.000 €
Zuschuss integrale Altlastenuntersuchung	80.000 €
Konzessionsabgabe EnBW (2006 und AZ 2007)	130.000 €
Gewinnablieferung Eigenbetrieb Stadtwerke	100.000 €
Gewerbesteuer (netto)	7.960.000 €
Einkommensteuer (2006 und 2007)	1.100.000 €
Finanzausgleich (geänderter Haushaltserlass)	950.000 €
Kreditzinsen	50.000 €
Verbesserungen	10.510.000 €

Mehrausgaben und/oder Mindereinnahmen	
Planungskosten	50.000 €
Verlustabdeckung Hallen GmbH 2006	215.000 €
Fenstersanierung Regionalverband	55.000 €
kleinere Veränderungen (netto)	30.000 €
Verschlechterungen	350.000 €
Netto-Verbesserungen Verwaltungshaushalt	+ 10.160.000 €
bisherige Zuführungsrate	140.000 €
neue Zuführung an den Vermögenshaushalt	10.300.000 €

Alle Planänderungen im Verwaltungshaushalt sind in der **Beilage 2.2.1** im Detail erläutert.

Stichworte zu den wesentlichen Änderungen:

- Die Planfortschreibungen im zentralen **Unterabschnitt 1.9000 (Steuern, Zuweisungen und Umlagen)** sind ursächlich für die Steigerung der Zuführungsrate an den Vermögenshaushalt auf über 10.000.000 €. Im Ergebnis der regionalisierten **Mai-Steuerschätzung** hat das Finanzministerium mit Datum vom 16.05.2007 den ursprünglichen Haushaltserlass vom 13.11.2006 fortgeschrieben. Die wesentlich verbesserten Konjunktur- und Arbeitsmarktdaten spiegeln sich in deutlich höheren Einnahmeerwartungen für die Einkommen- und die Umsatzsteuer wieder. Die erwarteten Steuermehreinnahmen des Landes erhöhen die Leistungen an die Kommunen aus dem kommunalen Finanzausgleich. Die Einnahmeverbesserungen in diesem Bereich liegen bei 2.050.000 €.
- Die **Entwicklung der Gewerbesteuer** (Planansatz 32.500.000 €) ist erneut sehr positiv. Anfang Februar betrugen die Sollstellungen rund 33.400.000 €, Ende des ersten Quartales waren 34.000.000 € erreicht. Bedingt durch einen steuerlichen Sonderfall (plus 6.000.000 € aus den Vorauszahlungen für 2006/07) und einer größeren Anzahl von Steuererhöhungen (Festsetzungen und Vorauszahlungen) sonstiger Betriebe sind die Einnahmen bis Mitte Juni auf 42.000.000 € angestiegen. An bekannten Aussetzungen und Anpassungen sind noch 1.000.000 € abzusetzen. Im Nachtragsplan werden neu 42.500.000 € an voraussichtlichen Gewerbesteuereinnahmen veranschlagt, nach Abzug der Steuerumlage sind dies netto 33.680.000 €. Damit ist auch im Restjahr 2007 eine weiterhin positive Entwicklung bei der Gewerbesteuer unterstellt.
- Die Einnahmeerwartungen aus der **Einkommensteuer** erhöhen sich im Ergebnis der Mai-Steuerschätzung 2007 um 680.000 €. Das Land rechnet insgesamt mit Mehreinnahmen von 150.000.000 €. Aus der Abrechnung der Einkommensteuer 2006 hat die Stadt eine Nachzahlung von 420.000 € erhalten. Saldiert kann die Einkommensteuer damit um 1.100.000 € nach oben angepasst werden. Der neue Ansatz liegt damit bei 17.300.000 €.
- Im Ergebnis mehrerer Gremiumsbeschlüsse (UVA am 18.04.2007 sowie VA am 31.01., 12.03. und 14.05.2007) haben sich Personalmehrungen von 2,54 Stellen im **Stellenplan** ergeben (Beilage 2.5). Betroffen sind die Schulsozialarbeit mit Hortbetreuung, der Gemeindevollzugsdienst und das Personal für die mobile Geschwindigkeitsmessung. Die finanziellen Auswirkungen sollen (so in den Beschlüssen unterstellt) im Personaletat 2007 insgesamt aufgefangen werden. Auf eine (neutrale) Anpassung der Personalkosten in einer Vielzahl von Budgets wird bewusst verzichtet.

2. Veränderungen im Vermögenshaushalt

Über die verbesserte Zuführungsrate fließen dem Vermögenshaushalt über 10.000.000 € an zusätzlichen Mitteln zu. Diese Mittel werden vorrangig zum Verzicht auf neue Kredite (1.700.000 €), zur außerordentlichen Schuldentilgung nach Ablauf der Zinsbindungsfrist (5.000.000 €) und zur Entlastung der Rücklage (1.400.000 €) eingesetzt.

Berücksichtigt werden aber auch verschiedene Beschlüsse der Gremien zu Grundstückskäufen und Investitionsvorhaben. Im Vermögenshaushalt erfolgt auch eine Anpassung an den aktuellen Baufortschritt der Hoch- und Tiefbauvorhaben. Die Umwandlung ursprünglicher Verpflichtungsermächtigungen in höhere Kassenraten entlastet im gleichen Betrag die Haushalte in den kommenden Jahren.

Im Vermögenshaushalt werden über die Nachtragsplanung umgesetzt:

- die **Umsetzung von Beschlüssen** - beispielhaft die Abrechnung IZBB Förderschule St. Christina (Mehrkosten 50.000 €), Grundstückskäufe in Eschach mit rund 750.000 €, das Investitionsprogramm für den Eigenbetrieb Betriebshof Ravensburg mit netto 300.000 € sowie die Sanierungsvariante II a für den Westfriedhof mit 90.000 €. Die saldierte Belastung aus Beschlüssen liegt damit bei 1.190.000 €.
- Die aktuell bekannten Verschiebungen von **Kassenraten** – beispielhaft Außenanlagen Ausstellungsgelände, Mehrzweckhalle Weissenau und Ausbau der Bahnhofstraße/Mariatal mit zusammen 350.000 €.
- Ein anteiliger Wertersatz von 650.000 € im Zusammenhang mit der 2007 vorgesehenen Abrechnung des Sanierungsgebietes „**Oberstadt II**“. Die **Wertersatz** sind als Ausgabe im Einzelplan „8“ veranschlagt und betreffen städtische Grundstücke im Bereich Vehrengasse und Herrenstraße, Innenhofflächen an der Burgstraße sowie Bodenwertanteile Humpisstraße. Bei einem späteren Verkauf der Grundstücke fließen die Verkaufserlöse direkt in den städtischen Haushalt.

Aus diesen drei Schwerpunkten ergibt sich für den Vermögenshaushalt eine Gesamtbelastung von rund 2.190.000 €. Die Netto-Bilanz aller Änderungen im Vermögenshaushalt liegt bei 2.060.000 € und damit 130.000 € darunter. Dies bedeutet, dass alle sonstigen Änderungen und Anpassungen im Vermögenshaushalt saldiert ausgeglichen sind bzw. eine geringe Verbesserung von 130.000 € ergeben.

Die Begründungen der Planänderungen sind in der **Beilage 2.2.2** bei den betroffenen Unterabschnitten jeweils detailliert erläutert.

Im Einzelnen zeigen sich folgende **größere Veränderungen** (ab 50.000 €):

Mehreinnahmen und/oder Minderausgaben	
Kapitaleinlage OSK gGmbH	350.000 €
gerichtlicher Vergleich Bau Eissporthalle	70.000 €
Ersätze „Erweiterung Vetter Ravensburg Süd“	540.000 €
Erschließungsbeiträge Salamanderweg	110.000 €
Erschließungsbeiträge Bahnhofstraße/Mariatal	600.000 €
Fußgängerachse Altstadt/Hallen	350.000 €
geringere Tilgungen	50.000 €
Verbesserungen insgesamt	2.070.000 €

Mehrausgaben und/oder Mindereinnahmen	
WC-Sanierung GHS Neuwiesen	125.000 €
IZBB Förderschule St. Christina (Beschluss)	50.000 €
Mehrzweckhalle Weissenau (Kassenrate)	100.000 €
Baudenkmale Weissenau (Ulmia)	80.000 €
Jugendhaus (Elektro- und Außenanlage)	65.000 €
städtischer Anteil Stadtsanierung	506.000 €
Ausbau Bahnhofstraße/Mariatal (Kassenrate)	400.000 €
Mittelöschplatz	90.000 €
Verlegung Ziegelgraben Mariatal	90.000 €
Weststadtfriedhof (Beschluss)	90.000 €
Betriebshof Ravensburg (Beschluss)	300.000 €
Fahrzeuge Ortsbauhöfe	110.000 €
Außenanlagen Ausstellungsgelände (Kassenrate)	350.000 €
Kapitaleinlage Hallen GmbH (Beschluss)	300.000 €
An- und Verkauf Grundstücke (z. Tl. Beschluss)	1.200.000 €
saldierte Änderungen bis 50.000 €:	274.000 €
Verschlechterungen insgesamt	4.130.000 €
Netto-Verschlechterung Vermögenshaushalt	2.060.000 €
Mehrzuführung vom Verwaltungshaushalt	10.160.000 €
Zwischenergebnis	8.100.000 €
wird verwendet für:	
Verzicht auf Kreditaufnahme	1.700.000 €
Sondertilgung Ende Zinsbindung	5.000.000 €
Entlastung allgemeine Rücklage	1.400.000 €

3. Auswirkungen auf Kredite und Rücklagen

Die **Verschuldung** der Stadt zum 31.12.2006 liegt bei knapp 33.740.000 €. Durch Verzicht auf die ursprünglich mit 1.700.000 € geplante Kreditaufnahme und die ordentliche Kredittilgung von 1.650.000 € reduziert sich der Schuldenstand Ende 2007 auf rund 32.090.000 €.

Dank der günstigen Entwicklung vor allem der Gewerbesteuer schlagen wir vor 5.000.000 € zur **Sondertilgung** einzusetzen. Zwischen August und Jahresende 2007 laufen bei 5 Darlehen mit einem Gesamtvolumen von knapp 6.600.000 € die Zinsbindungen aus, davon anteilig im Dezember rund 6.000.000 €. Abhängig von der aktuellen Finanzlage im Dezember, insbesondere dem Stand der Gewerbesteuer kann im Dezember über die endgültige Höhe der möglichen Sondertilgung entschieden werden. Ein Teilbetrag von 1.400.000 € aus der Ergebnisverbesserung soll die allgemeine Rücklage verbessern, um dort für Sonderfälle (Zeitversatz bei Grundstückserlösen, zusätzlicher Grunderwerb, veränderte Kassenraten) zur Verfügung zu stehen.

Unter Einrechnung der mit 5.000.000 € geplanten Sondertilgungen liegt der Schuldenstand der Stadt zum 31.12.2006 bei knapp 27.090.000 €. Dies entspricht einer Verschuldung von rund 550 € je Einwohner (**siehe Beilage 3.3**).

Der Stand der **allgemeinen Rücklage** beträgt Ende 2006 rund 16.600.000 €. Enthalten ist die Ergebnisverbesserung von rund 4.200.000 € aus dem Abschluss 2006 (Gemeinderat 26.03.2007). Im Haushaltsplan waren bislang Entnahmen aus der allgemeinen Rücklage in Höhe von 8.830.000 € geplant.

Die erwartete Ergebnisverbesserung im Verwaltungshaushalt soll vorrangig zur Entschuldung der Stadt eingesetzt werden. Der Verzicht auf Kreditneuaufnahmen und die vorgesehenen Sondertilgungen summieren sich auf 6.700.000 €. Der verbleibende Restbetrag von 1.400.000 € soll der Rücklage zugute kommen. Die Entnahme reduziert sich entsprechend auf 7.430.000 €.

Unter Berücksichtigung des gesetzlichen Mindestbestandes liegt die allgemeine Rücklage im erwarteten Ergebnis der Nachtragsplanung Ende 2007 bei rund 6.800.000 €.

Die zweckgebundenen Bestandteile (Schließung Bahnübergänge) und die Stellplatzrücklage summieren sich auf weitere 500.000 €.

Stand und Entwicklung der Rücklagen insgesamt sind aus **Beilage 3.4** im Detail ersichtlich.

4. Ausblick

Aus heutiger Sicht ist im zweiten Halbjahr mit keinen größeren Änderungen bei den Ansätzen im Verwaltungs- und Vermögenshaushalt zu rechnen. Zusätzliche Mehrausgaben in den Budgets sind gegebenenfalls durch Einsparungen in anderen Budgets aufzufangen.

Im Sinne einer nachhaltigen Finanzwirtschaft wird die Möglichkeit zur Sondertilgung von Krediten mit auslaufender Zinsbindung genützt.

Sollte sich die Gewerbesteuer im zweiten Halbjahr noch günstiger entwickeln als im Nachtragshaushalt unterstellt, werden diese Mehreinnahmen in die allgemeine Rücklage eingestellt oder in noch größerem Umfang zur Sondertilgung von Krediten verwendet.

Gegenläufig können mögliche größere Steuermindereinnahmen (negative Anpassung von Steuervorauszahlungen) durch entsprechend geringere Sondertilgungen ausgeglichen werden.

Die unterstellten Einnahmen aus der Grundstücksbilanz (bebaute und unbebaute Grundstücke im Einzelplan 8) hängen wesentlich davon ab, ob die mit rund 2.000.000 € geplanten Verkaufserlöse aus dem Baugebiet Obere Friedhofstraße/Kohlenberg noch 2007 realisiert werden können. Mögliche Mindereinnahmen wären bis zum Verkauf über die Rücklage aufzufangen bzw. würden den Betrag der Sondertilgungen reduzieren.

Ravensburg, den 20.06.2007

Vogler
Oberbürgermeister

Lehmann
Stadtkämmerer